

WINDMÜHLEN BAUEN

Auf einem gut besuchten Kreispartei-tag wurde am 4. November das Wahlprogramm der Rostocker LINKEN zur Kommunalwahl im Juni 2024 verabschiedet.

Der Parteitag begann mit einem Abschied. Unser langjähriger Kreisgeschäftsführer Andreas Reinke wechselt ins Rathaus und arbeitet dort künftig als Leiter des Fachbereiches Wahlen und Bürgeranliegen. Neuer Kreis- bzw. Regionalgeschäftsführer (auch für den Landkreis Rostock) ist der Rügäner Kevin Zenker. Andreas sei für seine Arbeit herzlich gedankt. Dem Neuen viel Erfolg und Freude bei seiner Arbeit!

Die Co-Kreisvorsitzende Nurgül Senli kam in ihrem Bericht nicht am Thema Wagenknecht vorbei. Sie zitierte ein chinesisches Sprichwort: „Wenn Wind weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“ Scharf kritisierte sie Wagenknecht und deren Anhänger, dass sie nach dem Parteiaustritt ihre Mandate nicht zurückgeben wollen und damit

die Arbeitsplätze in der Bundestagsfraktion gefährden. Auch wenn der Weggang von Mitgliedern zu bedauern sei, forderte Nurgül von diesen, ihre alte Partei nicht ständig durch den Kakao zu ziehen, sondern ihre Angriffe auf die AfD und andere Parteien zu richten. Als Linkspartei müs-



sten wir lernen, mit Unterschieden in der Mitgliedschaft umzugehen und uns auf Gemeinsames zu konzentrieren. Bei uns im Kreisverband gibt es keine Austrittswelle, dafür aber ein paar Neueintritte. Drei Neumitglieder waren sogar anwesend

und sammelten erste Eindrücke. Aber natürlich gibt es auch bei uns Mitglieder, die Wagenknecht gut finden. Eva-Maria Kröger forderte deshalb, dass sich alle unseren Kommunalwahlkandidaten zur Linkspartei bekennen müssen.

Nurgül richtete ihren Blick sodann in die Zukunft. Mit einem guten Wahlergebnis wollen wir wieder eine starke Kraft in der Bürgerschaft werden und der Oberbürgermeisterin den Rücken stärken. Unser Wahlprogramm orientiert sich im Wesentlichen an früheren Programmen, hinzu kamen die Ergebnisse aus zwei Workshops im Kreisverband. Nurgül betonte, dass es vor allem um konkrete Vorhaben für die Arbeit in der Stadt gegangen sei, nicht um allgemeine Bekenntnisse, etwa zum Frieden. Bei manchen Themen habe es nicht für eigene Abschnitte gereicht. Anspruch sei es, eine linke progressive Politik zu betreiben, die bei den Menschen ankommt.

Fortsetzung auf S. 3

NEUE BO AMT WARNOW-WEST GEGRÜNDET

Wo sonst kann man eher und deutlicher spüren, was Überalterung und Mitgliederschwund für eine Partei bedeutet, wenn nicht in ihren Basisorganisationen, den BOs?

Nicht wenige dieser – unter ihnen auch einst stolze und wirkmächtige – Ortsgruppen mit Mitgliederzahlen im zweistelligen Bereich schrumpften über die Jahre und Jahrzehnte zu Kleinstgruppen mit einer Handvoll von „Übriggebliebenen“. So zumindest berichten es einem die (noch-aktiven) Altgenoss:innen dann mit Wehmut auf so manch einem BO-Treffen. Anderenorts, insbesondere anderendorfs, verschwanden sie schon gänzlich. Und mit ihnen die politische Arbeit vor Ort.

Aufhalten ließe sich dieses leise BO-Ver-

schwinden, klar, nur durch ein stetiges Hinzukommen jüngerer Genoss:innen und Sympathisant:innen. Nur: die Attraktivität einer – gerne auch aktiven – Beteiligung in der jeweiligen Gruppe vor Ort nimmt für potenzielle Neumitglieder jedoch nicht selten mit steigendem Durchschnittsalter und fallender Mitgliederzahl der in Frage kommenden BO ab, was die, gesamtparteilich betrachtet, ohnehin schon knifflige Sache mit der Neumitgliedergewinnung, nun praktisch gedacht, dann noch mal um einiges schwieriger macht.

Fortsetzung auf S. 3



In dieser
Ausgabe

Seite 2: Kreisvorstand
Seite 3: Kreispartei-tag
Seite 4: Buchempfehlung
Seite 5: Seniorenaktion
Seite 6-9: Europaparteitag

Seite 10/11: Bürgerschaft
Seite 12: Inge Hannemann
Seite 13: Leserbrief
Seite 14: Bandera-Konferenz
Seite 16: Rosalux

Liebe Leserinnen und Leser,
DIE LINKE hat ein neues Design, auch ein neues Parteilogo. Ihr könnt es auf Seite 1 oben bewundern. Seine Erfinder haben sich am Design des KLAREXT orientiert, wozu man sie nur beglückwünschen kann. Auf dem Augsburger Parteitag war tatsächlich eine Aufbruchsstimmung zu erkennen. Wir danken Eva für ihre Eindrücke ab Seite 6 dieser Ausgabe.
Danke auch für ihre klaren Worte auf dem Kreisparteitag. Viele Mitglieder unseres Kreisverbandes kamen in den Waldemar Hof, weil sie Fragen hatten oder

Mut schöpfen wollten für die kommende schwere Zeit. Sie haben auch Anspruch darauf zu erfahren, wie ihre Genossinnen und Genossen zur neuen Wagenknecht-Partei stehen. Es gibt bei uns Mitglieder, die machen Werbung für die neue Partei, warten aber noch ab, wie sich das alles wohl entwickeln mag. Wenn sie von Offenheit und Transparenz reden, sollten sie ihre eigenen Worte ernstnehmen und sich endlich entscheiden.

Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe wünscht Euch die Redaktion.
Carsten Penzlin



Der Kreisvorstand der LINKEN in Rostock hat sich angesichts der Abspaltung von 10 Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE zu folgender Erklärung verständigt:

Nach einer langen Zeit der Ungewissheit werden die Pläne einer Abspaltung von unserer Partei konkret. Eine Abspaltung ist unverantwortlich in einer gesellschaftlichen Situation, die eine starke LINKE umso mehr erfordert. Wer sie aus egoistischen Motiven schwächt, wird bald feststellen, dass diese Motive keine Basis für den dauerhaften Erfolg einer Partei sind.

Dr. Gesine Löttsch, Dr. Gregor Gysi und Sören Pellmann erklärten bereits: „Wir direkt in den Bundestag gewählten Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE fordern jene zehn Mitglieder der Fraktion, die die Partei DIE LINKE verlassen haben, um eine Konkurrenzpartei aufzubauen, auf, ihre Mandate niederzulegen. Sie sind nur durch uns drei und durch die Partei DIE LINKE in den Bundestag eingezogen. Sie sind für die von ihnen kritisierte LINKE gewählt worden. Behielten sie ihre Mandate, dann beginnen sie ihre Neugründung mit einem höchst unmoralischen ‚Diebstahl‘. Wir vertreten im Übrigen die Auffassung, dass man für eine Veränderung der Politik unserer Partei auch in ihr streiten, kämpfen und ringen kann, nicht aber mit einem Austritt.“

DIE LINKE ist und bleibt die richtige Adresse für alle, denen soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität am Herzen liegen. Die friedliche Lösung von Konflikten, Abrüstung, sozialer Klimaschutz, gute Arbeit oder Rente und der entschlossene Kampf gegen die extreme Rechte bleiben unsere Anliegen. Eine linke Partei muss Menschen solidarisch zusammenführen und darf sie nicht gegeneinander ausspielen.

Für DIE LINKE. Hansestadt Rostock können wir klar sagen: Unsere Abgeordneten im Bundestag, im Landtag und im Europaparlament, ebenso wie unsere kommunalen Mandatsträger:innen bleiben stabile Stützen unserer sozialen Politik. Wir als LINKE bleiben Anwältin für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität. Unser Zusammenhalt, sowie die Mitarbeit aller Genossinnen und Genossen ist jetzt wichtiger denn je.

Lasst uns gemeinsam für eine bessere Welt streiten!

Mit solidarischen Grüßen
Der Kreisvorstand Rostock

AKTUELLES

Heute heißt es: 2 Jahre RotRot

2 Jahre, in denen wir unter teilweise widrigen Umständen, zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern und unseren Ministerinnen Simone Oldenburg, Ministerin für Bildung und Kindertagesförderung und Jacqueline Bernhardt unser Land vorangebracht haben! Wir wissen: Die Preise steigen immer weiter und Ihr steht unter hohem Druck. Deswegen tun wir alles, um Euch zu entlasten und arbeiten am Aufbruch2030, den wir Euch vor 2 Jahren versprochen haben.

Dafür haben wir unter anderem:

- dafür gesorgt, dass die Kitas weiterhin kostenfrei bleiben
- Schulstandorte trotz sinkender Schüler:innenzahlen gesichert
- günstige Mobilität dank Azubi- und Senior:innenticket sichergestellt
- allein zu Beginn des neuen Schuljahres 600 neue Lehrer:innen eingestellt
- den 8. März zum Feiertag gemacht und die Absolvierung des Referendariats der

- Jurist:innen in Teilzeit ermöglicht
- bei Vergaben den Grundsatz: öffentliches Geld nur für gute Löhne festgeschrieben
- die Fachkraft-Kind-Relation bei der Kinderbetreuung verbessert.

Und vieles mehr!

Klar ist auch: Es bleibt noch viel zu tun! Das schaffen wir aber nur gemeinsam. Packen wir es an!



ROSTOCKER KREISPARTETAG

Fortsetzung von S. 1

Hierzu gab es allerdings Widerspruch. Mitglieder aus dem Stadtteilverband Nordost und einige andere konnten oder wollten im Wahlprogramm keine linken Positionen, z.B. zum Thema Frieden, entdecken. Sie stellten daher den Antrag, das Programm abzulehnen, damit der Kreisvorstand ein neues formulieren könne. Gleichzeitig machten sie inhaltliche Vorschläge, die sie aber auf dem Kreisparteitag nicht zur Abstimmung stellten. Darüber hinaus erhoben sie den Vorwurf, es habe zu wenig Möglichkeiten gegeben, sich in die Erstellung des Programmentwurfs einzubringen.

Christian Albrecht bezeichnete die Kritik als destruktiv und kündigte für den Fall der Ablehnung den Rücktritt des Kreisvorstandes an.

Auch er betonte, dass sich unser Wahlprogramm an älteren Programmen orientiere, die Basis für Wahlerfolge gewesen seien. Bekenntnisse hält er nicht für sinnvoll, eini-

ge der Vorschläge auch für praktisch nicht umsetzbar.

Genossin Silvia Schmidt brachte Vorschläge zur Stärkung der Ortsbeiräte und für ein ökologisches Profil im Wahlprogramm ein. Dabei ging es ihr vor allem um die Be-

auch zum Teil folgen. Eva betonte jedoch als Oberbürgermeisterin die enormen wirtschaftlichen Chancen der Hafenerweiterung. Die Energiewende, die Rostock sehr viele Arbeitsplätze bringen könne, brauche nun einmal viel Fläche. Die Bevölkerung werde aber im anstehenden Verfahren ausreichend beteiligt, versprach Eva.

Bei einigen Gegenstimmen wurde das Wahlprogramm schließlich verabschiedet.

Was gab es noch? Als Gast begrüßten wir den stv. Landesvorsitzenden Hennis Herbst. Der 26-jährige Student aus Greifswald (dort ist er studentischer Prorektor) wird sich im kommenden Sommer für den Landesvorsitz bewerben. Peter Ritter hat bereits erklärt, nicht wieder antreten zu wollen. Hennis hinterließ einen sehr guten Eindruck, auch weil er seine

Kandidatur bewusst nicht über die Medien verkündete, sondern sich in den Kreisverbänden vorstellen will.

Text und Fotos: Carsten Penzlin



Verabschiedung von Andreas Reinke (weißes Hemd), Kevin Zenker (schwarzes Hemd) übernimmt

wahrung wertvoller Landschaft im Zuge der angekündigten Hafenerweiterung (siehe September- und Oktoberausgabe des KLARTEXT). Dem konnten die Delegierten

NEUE BASISORGANISATION

Fortsetzung von S. 1

Von solchen und ähnlichen Gedanken getrieben haben nun zwei dieser BOs sich in Papendorf getroffen und gemeinsam den Entschluss gefasst, die Attraktivität und Wirkungsmacht linker Politik vor Ort nicht einfach so herzugeben. Am 6. Oktober beschlossen deshalb die Basisorganisationen aus Lambrechtshagen sowie aus Papendorf/Stäbelow jeweils ihre Auflösung, um sodann einstimmig die Gründung einer neuen BO, diesmal für das gesamte Amtsgebiet Warnow-West zu vollziehen. Den Vorsitz übernehmen Robert Heß (Lambrechtshagen) sowie stellvertretend Jörn Vorwald (Papendorf) (siehe Foto auf Seite 1).

Mit der „Basisorganisation der Linken im Amt Warnow-West“ sollen die vorhandenen persönlichen Ressourcen und Energien im Amtsgebiet gebündelt, das Wissen und der Erfahrungsschatz der nun fast zwanzig Genoss:innen und Sympathisant:innen für alle verfügbar gemacht und insgesamt der politische Austausch innerhalb der Par-

tei auf Ebene der Gemeinden verbessert werden. Das übergeordnete Ziel ist natürlich, dass bei künftigen Wahlkämpfen, aber auch in der Zwischenzeit die Linke im Amtsgebiet Warnow-West als schlagkräftige, gut organisierte und vor allem als unbedingt zu wählende Partei wahrgenommen wird.

Damit das gelingt, soll die BO aber nicht nur gemeinsame Treffen oder in Wahlkampfzeiten das Aufhängen von Plakaten zeitlich und räumlich organisieren. Sie soll vor allem auch wieder der erste Ort sein, an dem die inhaltliche Basis, die gemeinsame Grundlage der politischen Zusammenarbeit geschaffen wird.

Hier soll, darf und muss über die verschiedenen Standpunkte leidenschaftlich diskutiert werden. Und hier soll, darf und muss sich immer wieder auf die vielen Gemeinsamkeiten besonnen werden, die uns Linke, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten grundlegend verbinden und ausmachen. Mit beidem hat die BO Amt Warnow-West schon bei ihrem Gründungs-

treffen in Papendorf begonnen und dabei klargemacht: Wir werden uns auf kommunaler Ebene, in unseren Gemeinden und im Kreistag weiterhin für soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingen und ökologische Nachhaltigkeit einsetzen. Die bevorstehende Kommunalwahl gibt uns die erste Gelegenheit, mit unseren Positionen und Angeboten dies auch den Menschen klar zu vermitteln.

Am 28. November 2023 findet das nächste, dann erste reguläre Treffen der BO Amt Warnow-West statt (18:30 Uhr, Alte Schule Papendorf). Eine gute Chance also für alle im Amtsgebiet wohnenden Linken, sich nicht nur selbst ein Bild von der Attraktivität der Basisorganisation zu machen, sondern auch linke Politik im Amtsgebiet Warnow-West (und darüber hinaus!) wirkungsmächtiger zu machen. Fühlt Euch willkommen und eingeladen!

[24.10.2023, Endfassung, Robert Heß]

„ALLES FLIESST“ - BUCHEMPFEHLUNG

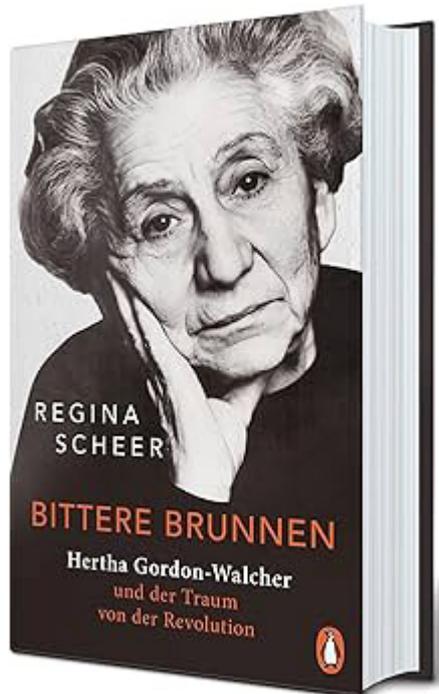
In linksintellektuellen Kreisen, nennen wir sie mal so, stößt eine Neuerscheinung auf großes Interesse: „Bittere Brunnen und der Traum von der Revolution“. Es handelt sich um die Biografie Hertha Gordon-Walchers aus der Feder von Regina Scheer, die mit ihrem wunderbaren Roman „Machandel“ vor einigen Jahren tatsächlich einen Bestseller gelandet hat. Dabei ist ja bekannt oder auch nicht, dass die Deutschen vor allem schlechte Bücher lieben und kaufen, während es die guten Werke sehr schwer haben. Aber das ist ein anderes Thema, und Ausnahmen bestätigen die Regel.

Scheer hat nun keinen Roman vorgelegt, sondern eine 580-Seiten-Biografie. Mir war der Name Hertha Gordon-Walcher (1894-1990) völlig unbekannt, und doch begegneten mir bei der Lektüre immer wieder vertraute Namen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und der mit ihr verbundenen deutschen Literatur. Die Jüdin Gordon-Walcher war nämlich in ihrem langen Leben gemeinsam mit Ehemann Jakob Walcher Teil dieses Kosmos, nie in der ersten Reihe (Hertha war langjährige Mitarbeiterin von Clara Zetkin), aber stets mittendrin mit unglaublich vielen Verbindungen, die über Jahrzehnte, Systeme und Kontinente hinweg bestehen blieben und die Konstante ihres Lebens bildeten.

Walchers Biografien sind uns trotzdem wenig vertraut, sie waren ungeeignet für den Staatsbürgerkunde-Unterricht, denn beide hatten in den 20er Jahren mit der KPD gebrochen – und die KPD mit ihnen – und waren erst bei der KPO und dann der SAP gelandet, einem der vielen Spaltprodukte in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der junge Willy Brandt war ebenfalls in der SAP und eng mit den Walchers verbunden, aber er brach mit dem Stalinismus und ging zur SPD. Für die Walchers wäre dieser Schritt undenkbar gewesen, bot sich ihnen

doch die Chance, nach 1945 in der DDR am Aufbau eines sozialistischen Staates mitzuwirken. Diesen Weg wollten sie mit beschreiten, genauso wie ihr Freund Bertolt Brecht.

Mit der Entwicklung der SED zur Partei neuen, also stalinistischen, Typs, blieb es



den Walchers jedoch verwehrt, die Entstehung einer sozialistischen Gesellschaft aktiv mitzugestalten. In den 50er Jahren wurden alte Rechnungen mit jenen beglichen, die in den 20er Jahren den Weg der KPD hin zu einer stalinistischen Partei nicht hatten mitmachen wollen. West-Emigranten wie die Walchers standen dabei unter besonderer Beobachtung. Sie waren zwar Stalins Terror entgangen, aber nicht seinen Erben wie Ulbricht, die jeglichen

Widerspruch unterdrückten und damit der DDR einen unauslöschlichen Stempel aufdrückten. Die Walchers blieben von starken Repressionen verschont, wurden aber zu Zeugen vieler Ungerechtigkeiten und blieben misstrauisch beäugte Randfiguren in „ihrem“ Staat. Was hier so negativ klingt, ist tatsächlich etwas verkürzt, war in Wirklichkeit komplexer und weniger holzschnittartig, und auch das wird in Regina Scheers Buch gut vermittelt. Die SED verstand es nämlich auch, Menschen für sich zu vereinnahmen und ihnen Orden zu verleihen, wenn der Wind sich wieder einmal gedreht hatte.

Die Vielzahl an Fakten und Personen kann den Leser ermüden, aber Regina Scheer gelingt es eben doch als ausgezeichnete Romancière, Schicksale zum Leben zu erwecken. Was eigentlich doch befremden muss, dieser unerschütterliche Glaube an eine Idee, wird dem Leser zugänglich gemacht. Wieso befremden? Weil das persönlich erfahrene Unrecht eigentlich zu groß war, um nicht abzuschwören. Aber so erging es vielen Kommunisten. Nur die DDR, mit all ihren Fehlern, konnte ihre Heimat sein. Ein bitteres Gefühl blieb dennoch, belegt in dem Satz: „Zwei Fehler habe ich gemacht im Leben: Mich so an die Partei zu binden und mich so an einen Mann zu binden.“

Hertha Gordon-Walcher starb wenige Wochen nach dem Untergang der DDR und war auf dem Friedhof der Sozialisten wieder vereint mit ihren Genossinnen und Genossen, den guten und den schlechten. Erschienen ist das Buch im Penguin-Verlag, der zum Konzern Random House gehört, der wohl größten Verlagsgruppe der Welt. Auch das passiert im Kapitalismus.

Carsten Penzlin

Länder und Kommunen entlasten, Geflüchteten Schutz gewähren!

Statt, wie die CDU hierzulande, zu beklagen, dass mit den Beschlüssen des Gesprächs des Kanzlers mit den Regierungschef:innen keine deutliche Reduzierung der Menschen erreicht wurde, die bei uns Zuflucht suchen, sollten sich die Christdemokraten besser auf den Weg machen, um Länder und Kommunen zu entlasten und für bessere Möglichkeiten bei der Unterbringung und Betreuung von Migranten:innen zu sorgen.

DIE LINKE. M-V begrüßt deshalb die vom Bund auf den Weg gebrachten Regelungen verbesserter Integration in den Ar-

beitsmarkt. Diese müssen nun allerdings zügig umgesetzt werden. Hinsichtlich der Vorschläge zur Regelung der Sozialleistungen verweisen wir auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus 2012, wonach ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet werden muss. DIE LINKE hätte es daher begrüßt, wenn Mecklenburg-Vorpommern der Protokollerklärung der Länder Thüringen und Bremen beigetreten wäre.

Auch hinsichtlich der finanziellen Unterstützung des Bundes macht sich wieder Ernüchterung breit. Statt der auch von Ministerpräsidentin Schwesig im Vorfeld des Gipfels geforderten Pauschale von 10.500 Euro stellt der Bund 7.500 Euro zur Verfü-

gung. Die finanziellen Spielräume für Länder und Kommunen werden dadurch nur unwesentlich verbessert.



BUNDESWEITE SENIORENAKTION ...

... der Partei DIE LINKE anlässlich des Tages der älteren Menschen - Kundgebung der LAG Senior*innenpolitik Mecklenburg-Vorpommern auf dem Universitätsplatz in Rostock am 5. Oktober 2023

Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN aus den Kreisverbänden Schwerin, Vorpommern-Rügen und Rostock trafen sich zur Teilnahme an der bundesweiten Seniorenaktion in Rostock auf dem Universitätsplatz am Brunnen der Lebensfreude. Mit dabei war unsere Genossin Elke-Annette Schmidt, Landtagsvizepräsidentin sowie u.a. seniorenpolitische Sprecherin unserer Fraktion. Unter dem Motto „Ein gutes Leben im Alter – für Alle!“ wandte sie sich in ihrer Ansprache an die Passanten in der Fußgängerzone. Elke-Annette kritisierte

dabei die weiterhin bestehenden Probleme für Senior*innen bei Renten, Mobilität und Wohnen im Alter und lud zum Gespräch ein. Zahlreiche Rostocker nahmen dazu in der Zeit zwischen 11.00 und 13.00 Uhr die Gelegenheit, um Positionen der LINKEN aus erster Hand zu erfahren. In den Gesprächen stützten wir uns dabei auch auf die Inhalte der Flugblätter, wie sie durch die BAG und LAG erarbeitet wurden. Der Vortrag von Friedensgedichten und musikalische Beiträge halfen, die Aufmerksamkeit des Publikums in der Rostocker Innenstadt auf unser Anliegen zu lenken. Für uns Beteiligte der Seniorenaktion brachte der Tag das gute Gefühl, ein Zeichen gegen den politischen Trend gesetzt zu haben. In den Gesprächen konnten wir ein Stück Selbstwirksamkeit erfahren – ein

Ansporn für die künftig wirksamere Verteidigung unserer sozialpolitischen Forderungen als eine wesentliche Voraussetzung zur Erhaltung von Demokratie und Frieden.

Mit der Durchführung der Aktion haben wir als Arbeitsgemeinschaft die aktuellen seniorenpolitischen Positionen der Partei DIE LINKE erfolgreich öffentlich bekannt gemacht. Das ist uns dank des zuverlässigen und solidarischen Einsatzes unserer Mitglieder und Unterstützer gelungen. Auf dieser Erfahrung werden wir in der Folgezeit bei unserer Arbeit mit gewachsenem Selbstvertrauen aufbauen.

Das von Passanten gezeigte Interesse an unserer Kundgebung bestätigte die Richtigkeit der erhobenen Forderungen sowie unsere klare Friedensposition. Es überraschte wenig, dass uns zunächst die Frage gestellt wurde, wie es mit der LINKEN weitergeht. Auf jeden Fall wird sich auch unsere Arbeitsgemeinschaft an dem solidarischen Klärungsprozess beteiligen, in dem die Perspektive des demokratischen Sozialismus, wie im Parteiprogramm des Erfurter Parteitag 2011 formuliert, gesichert und weiterentwickelt werden muss. Auf dem Weg der weiteren Klärung und Stärkung unserer Friedensposition bietet der bevorstehende Bundesparteitag in Augsburg eine Chance.

*Klaus Röber
(Sprecher der LAG Senior*innenpolitik)*



Volkstrauertag: Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt – Trauer und Mahnung

Zum Volkstrauertag am 19. November erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Angesichts des Wütens der Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und an vielen anderen Orten der Welt ist es wichtiger denn je, der vielen Menschen zu gedenken, die Opfer des Mordens wurden und werden. Die unzähligen Toten der Kriege, die Opfer von Gewalt und Terror, Vertreibung und Gefangenschaft mahnen, dass Kriege und das sinnlose Sterben ein Ende haben müssen, Krieg kein Mittel ist und sein darf, Konflikte zu lösen.

Es bestürzt mich und macht mich traurig, aber auch wütend, wenn führende Politikerinnen und Politiker in Deutschland und anderswo dem Krieg das Wort re-

den, Kriegstüchtigkeit anmahnen und vor Kriegsmüdigkeit warnen. Es ist unerträglich, wenn wie selbstverständlich die Bilder über blutige Gemetzel an jungen und alten Menschen, Bilder über die Zerstörung und Verseuchung ganzer Landstriche, von Städten und Dörfern tagtäglich in die Wohnzimmer fluten. Nein, wir dürfen uns niemals daran gewöhnen. Es müssen vielmehr alle Anstrengungen unternommen, muss jede noch so kleine Chance ergriffen werden, damit der Krieg und das unermessliche Leid endlich ein Ende haben und die Menschen in Frieden miteinander leben können.

Meine Fraktion dankt den vielen haupt- und ehrenamtlich Engagierten im Volksbund der Deutschen Kriegsgräberfürsorge. Das Wirken des Volksbun-

des steht unter dem Motto ‚Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden‘. Dieses Anliegen leistet einen wertvollen Beitrag im Ringen um Frieden, Demokratie und Weltoffenheit.“



ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT ZEIT FÜR HALTUNG

Eva-Maria Kröger berichtet vom Europaparteitag und von der Aufstellung der Liste zur Europawahl

Liebe Genossinnen und Genossen, der Bundesparteitag fand in Augsburg statt, der Geburtsstadt von Bertolt Brecht. Zur Rede des Parteivorsitzenden Martin Schirdewan möchte ich Euch folgende Mitschrift zur Kenntnis geben. Natürlich umfasst sie nicht alle Aspekte.

Martin sprach schlaglichtartig über die soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa. Während der Pandemie ist jeden Tag ein neuer Milliardenär dazugekommen, während es hierzulande 3 Millionen Kinder gibt, die in Armut aufwachsen. Er mahnte, wir brauchen eine echte Kindergrundsicherung. Auch über die Altersarmut sprach er und kritisierte die Bundesregierung scharf. 20% der Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht und es ist Aufgabe der Linken, als sozialistische Gerechtigkeitspartei, eine Umverteilung, Daseinsvorsorge und eine gerechte Steuerpolitik (Vermögensabgabe) einzufordern. Immer wieder sprach er über Armut und stellte die Kürzungs- und Rüstungspolitik der Koalition dagegen. Das Recht auf Wohnung, Nahrung und Energie besteht für alle Menschen und momentan gibt es nur Die Linke, die sich dafür einsetzt. Apropos Die Linke! Ja, wir haben ein neues Logo. Statt DIE LINKE schreiben wir uns nun Die Linke, das mutige Dreieck auf dem zweiten i bleibt bestehen.

Zurück zu Martin: Engagiert rief er dazu auf, dass wir uns unsere Zukunft zurückholen müssen. Die Zeiten der Krise verlangen nach klaren Antworten von uns. Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden bleiben bestehen, erst recht nach der Zäsur, die wir erlebt haben und die unsere Glaubwürdigkeit beschäftigt hat. Unsere Bundestagsfraktion wird sich auflösen und dieser Verlust ist bitter.

Martin zeigte sich enttäuscht über das Verhalten derjenigen, die gegangen sind. Doch nach Enttäuschung und Wut muss die Tür geschlossen werden, sonst wird er kalt, wobei er sich auf ein Brecht-Zitat bezog.

Gemeinsam wollen wir ein neues Kapitel aufschlagen in Augsburg. Nicht alle Widersprüche und Fehler sind damit überwun-

den, aber so komplex wie die Gesellschaft ist, so komplex sind wir auch. Nun müssen wir uns weiterentwickeln, und zwar mit Geschlossenheit und innerparteilichem Respekt. Martin sprach über ein Erlebnis in Thüringen als er mit Genossinnen und Genossen für von Armut betroffene Men-



schen gekocht haben. Eindrücklich und emotional schilderte er seine Eindrücke und mündete in unserer Verantwortung, für diese Menschen da zu sein - im Restaurant der Herzen. Diese Solidarität gilt für alle und dafür braucht es eine verlässliche Bündnispartnerin und diese könne Die

miteinander umgehen. Jung und Alt, Ost und West, so Martin.

Die kommende Europawahl wird für uns eine Schicksalswahl, nicht nur für die Partei. In was für einem Europa wollen wir leben? Klimakrise, Rechtsruck, Militarismus - die großen Menschheitsaufgaben stehen zur Entscheidung. Die Fragen von Krieg und Frieden und Migration lassen sich nur international klären. Unser Programm will eine Zeitenwende für soziale Gerechtigkeit in Europa. Leidenschaftlich spricht er über die vielen Probleme in der Europäischen Union und führt unter anderem an, dass ein gerechtes Europa auch eine Klassen-debatte führen muss und die vielen Superreichen und vermögenden Konzerne in den Blick nehmen muss. Die Kritik an der ungerechten Verteilung spinnt sich wie ein roter Faden durch seine Rede.

Der Krieg in der Ukraine dauert an und der neue Nahostkrieg bewegt uns ebenfalls sehr. Trotz unterschiedlicher Meinungen innerhalb der Partei wollen wir Beschlüsse fassen, die nicht die Differenzen nach vorne stellen, sondern gemeinsame Auffassungen. Martin verurteilt die Terrorangriffe der Hamas und spricht über den schrecklichen Folgen des Krieges, auch in Gaza. Die Bombardierung ziviler Einrichtungen muss ein Ende finden, fordert er. Das Völkerrecht wird verletzt und ein Waffenstillstand ist erforderlich. Die Geiseln der Hamas müssen freigelassen werden und in Bezug auf den wachsenden Antisemitismus, den er scharf verurteilt, sagt er, dass wir als Linke solidarisch sein wollen.

Am Ende spricht er über das Recht auf Asyl und den Schock, dass viel zu viele Menschen mitlaufen und sich gegenseitig überbieten mit Menschenfeindlichkeit und einem ekelhaften Asylsystem, das er für anti-demokratisch hält.

Bekannte Parolen und neue Hoffnung

Der häufigste Wunsch im Saal: Aufbruchstimmung. Das neue Logo - ab sofort schreiben wir uns Die Linke - soll eben diesen Aufbruch nach der Zäsur verdeutli-



Linke sein. Wir bleiben die Partei der Hoffnung. Das wollen wir beweisen! Er sprach über den erschreckenden Rechtsruck und darüber, wie stark wir zusammen die kommenden Wahlen absolvieren müssen. Er zeigte auf, dass wir auch erfolgreich Wahlen bestreiten können und feierte die Erfolge in Bremen und in Rostock. Natürlich schaffen wir das nur, wenn wir solidarisch

chen. Das mutige Dreieck auf dem zweiten i bleibt also bestehen. Und so bemüht sich weit über 400 Delegierte, die vielfältige Stimmungslage unter einen Hut zu bringen. Man spürte Enttäuschung und Verärgerung, Ermüdung und Resignation, aber es dominierte der Wille, sich nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen und weiter zu kämpfen. Überall waren Gespräche zu hören, wie Genossinnen und Genossen weitermachen wollen und wie sie sich auf die anstehenden Wahlen vorbereiten. Motivieren sollte auch die Rede des Parteivorsitzenden, die sich auf die bekannten Überschriften Umverteilung und Solidarität konzentrierte. Immer wieder bezog er sich dabei auf Deutschland, Europa und unsere eigenen Parteiangelegenheiten. Emotional und engagiert schaffte er es, tatsächlich Aufbruchstimmung im Saal zu verbreiten. Nach seiner Einbringung des EU-Wahlprogrammwerfes folgte die Generaldebatte.

Im Zuge dieser Debatte konnte auch Katina Schubert, stellvertretende Parteivorsitzende, nochmal aufrütteln und klar machen was die Hetze gegen Geflüchtete mit unserer Gesellschaft macht und warum es wichtig ist, dass wir als Linke jetzt Haltung bewahren, Position beziehen und nie wieder zulassen, dass selbst Parteimitglieder nach rechts abgleiten. Ein Genosse aus Bayern sprach über Protestpolitik und wollte, dass wir in diesem Zusammenhang unsere Alleinstellungsmerkmale nach vorne stellen und Schwerpunkte setzen im „Verteilungskampf“.

Es folgte immer wieder der Ruf nach Hoffnung, nach radikalen linken Ideen mit realen Konzepten. Gerechtigkeit, Frieden, Antifaschismus - die Erneuerung der Partei startet traditionell und vergewissert sich zunächst der bereits beschlossenen Leitlinien. Der Traum, dass es allen Menschen gut geht, sollte trotz Krise nicht aufgegeben werden. Natürlich spielte immer wieder eine Rolle, was gerade auf der

Welt passiert und wie wichtig Friedenspolitik ist. Genossin Susanne Schaper, Spitzenkandidatin aus Sachsen, sprach über Leidenschaft in Zeiten wie diesen, über Verstand und Zuversicht. Wir sollten uns treu bleiben und weiterhin selbstbewusste Forderungen stellen, denn unsere Forderungen für ein Zusammenrücken sind rich-



Feministische Erneuerung der Linken

Parteitag beschließt mit großer Mehrheit Leitfadensatz zum Umgang mit Sexismus & sexistischer Gewalt

tig, so Susanne.

Viele folgende Redebeiträge stießen in dasselbe Horn: Abspaltungen überwinden, an linken Überzeugungen festhalten, sich gegenseitig Mut machen und nicht die Hoffnung verlieren, während wir anderen Menschen Hoffnung machen wollen. Etlche Redner*innen nahmen außerdem den eskalierten Nahostkonflikt in den Blick. Dabei spitzten sich einige Meinungen zu, wenig hilfreich war dabei sicher die sehr späte Stunde, zur der diskutiert wurde. Ein Beschluss wurde gefällt, ihr findet ihn ebenfalls online. In Kurzform: Forderung eines Waffenstillstands und Freilassung der Geiseln, scharfe Verurteilung der Mörder der Zivilbevölkerung in Gaza und Kritik am

Handeln der israelischen Armee, Bezugnahme auf das Völkerrecht, Reflexion des Nahostkonfliktes, Verurteilung von Antisemitismus.

Trotzdem wurde die Tonalität der Debatte dem Leid der Menschen im Nahen Osten nicht immer gerecht, zudem wurde die seit langem einzigartige, geradezu genozidale Perversion des 7. Oktober aus meiner Sicht nicht ausreichend betont. Jeannine Wissler sprach am kommenden Tag im Zuge ihrer kämpferischen Grundsatzrede ebenfalls über die Vielschichtigkeit des Nahostkonfliktes, wobei sie das Leid Israels und das Leid der Menschen in Palästina gleichermaßen beschrieb. Sie kritisierte die Reaktion der Bundesregierung scharf und verurteilte anschließend auch die schäbige Asylpolitik.

einlinkefueralle.de

Eine Linke für alle. Eine neue Linke? Zusammenhalten! Zusammenhalten! Zusammenhalten! - Gemeinsam die Linke erneuern. Neue Mitglieder stehen auf der Bühne des Parteitages und sprechen darüber, warum sie eingetreten sind. Sie sind Sozialarbeiterin, Gewerkschaftlerin, Krankenschwester. Anschließend läuft ein Video für die neue Kampagne „Eine Linke für alle“: Stühle in einem Sitzungssaal werden verrückt, Lebensmittel für arme Menschen gepackt, eine junge Busfahrerin spricht über den Rechtsruck, Neumitglieder sprechen über den Aufbau einer neuen Linken. In der Schlusszene wird ein leerer Stuhl gezeigt, man hört wie eine Stimme sagt: „Wir haben Platz.“ Gelächter im Saal. Ein kurzer Moment Humor und Selbstironie flammt auf. Eine Internetseite wird freigeschaltet, die in den Farben blau-violett und hellgelb mit Grünstich mit einem neuen Design überrascht. Hoffen wir, dass es hilft.

EUROPÄISCHER PAKT FÜR SOLIDARITÄT

Für soziale Sicherheit und Zukunftsinvestitionen

Die kommenden Europawahlen werden eine Schicksalswahl für die EU. Die Frage ist: Rutscht unser Europa weiter in Krise und Zerfall, während weltweit Kriege und Konflikte eskalieren, auch im Innern die extreme Rechte wächst und die globale Klimakatastrophe voranschreitet? Oder gelingt es eine Kehrtwende einzuleiten, die gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden, Demokratie und Klima schützt? Klar ist: Die Möglichkeiten dazu sind da.

Noch nie gab es so viel Reichtum, die Vermögen und Gewinne von Reichen und Konzernen gehen durch die Decke. Klar ist aber auch: Keine »Trollfabrik« hat so viel zur Destabilisierung von Demokratie und Zusammenhalt in Europa beigetragen wie die jahrelange Kürzungspolitik. Dagegen braucht es jetzt einen sozialen Politikwechsel, der Schluss macht mit der Kürzungspolitik von EU-Kommission und Ampel-Regierung. Der in ernst zunehmenden Maßstab Reichtum von den Wenigen zur Allgemeinheit umverteilt und die als »Schuldenbremse«

verharmloste Zukunftsbremse löst. Das legt endlich ein stabiles Fundament für eine demokratische und soziale EU, die sich strategisch unabhängig von der Blockkonfrontation und gefährlichem Rüstungswettlauf macht und weltweit für Deeskalation, Sicherheit und Entwicklung eintritt. Dafür braucht es jetzt die Bereitschaft, sich mit Konzernen und Lobbyisten anzulegen und massiv in Soziale Sicherheit und die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft zu investieren.

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S.7

Wenn Superreiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, muss etwas geändert werden. Der soziale Frieden steht längst auf dem Spiel. Wer ein stabiles Europa will, muss den Reichen ihren Luxus nehmen, den Markt regeln und Armut aktiv bekämpfen. Nur dann schaffen wir Verlässlichkeit im nötigen Umbau, nur dann gewinnen wir eine gute Zukunft. Es ist Zeit, etwas zu wagen. Es ist Zeit, einen sozialen Politikwechsel zu beginnen. Gegen die perspektivlose Krisenverwaltung von Konservativen und Ampelparteien und die reaktionäre Hetze der extremen Rechten setzen wir daher einen Europäischen Pakt für Solidarität. Der Markt regelt es nicht, also müssen wir den Markt regeln.

Forderungen:

1. In den Umbau investieren! Die EU muss mithilfe der EZB eine historische Investitionsoffensive starten, die Europa zukunftsfähig macht, den Alltag für die Menschen in strukturschwachen und benachteiligten Regionen verbessert, den notwendigen Umbau der Industrie schafft und unsere Kommunen stärkt. Bisher sind die Investitionsprogramme der EU vor allem darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit von Konzernen zu erhöhen und ihre Gewinne zu maximieren. Die Industriehilfen der EU sind nicht an arbeitsrechtliche und soziale Kriterien geknüpft – das ist sogar in den USA anders. Aber gute Arbeitsplätze der Zukunft und Klimaschutz können in Europa Hand in Hand gehen. Durch eine Änderung von Wettbewerbs- und Beihilferegulungen für die gezielte Förderung von Firmen, die soziale und ökologische Kriterien miteinander verbinden. Für mehr und verlässlichen Bus- und Schienenverkehr, ticketfreien ÖPNV, soziale Klimaanpassungsmaßnahmen und eine europäische Bildungs- und Qualifizierungsinitiative. Durch mehr öffentliche Kontrolle mittels einer europäischen Industriestiftung, die – finanziert durch die Europäische Investitionsbank – gezielt Anteile an Unternehmen erwirbt, die eine Schlüsselrolle im klimaneutralen Umbau einnehmen.

2. Mehr Gleichheit wagen: Umsteuern! Allein Deutschland verliert jedes Jahr 60 Mrd. Euro an Steuereinnahmen, weil Konzerne und Reiche ihr Geld in dubiose Steueroasen verschiffen. Geld, das dringend gebraucht wird und das wir einfordern müssen. Steueroasen müssen in ganz Europa geschlossen werden. Multinationale Unternehmen sollen mit einer Mindeststeuer von 25 % endlich anständig besteuert werden. Für große Erbschaften und hohe Vermögen gilt das ebenso. Die EU muss endlich privaten Reichtum zu öffentlichem Vermögen machen: Obszö-

ne Vermögen und Übergewinne müssen abgeschöpft werden und stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Konzerne müssen mittels einer Quellensteuer stärker am Ort ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten und der Umsätze besteuert werden. Gesundheit, Energie, Bildung, Wohnraum und gesunde Ernährung müssen für alle Menschen gesichert sein. Statt immer die einfachen Leute von der Straße, müssen endlich die großen Verursacher und Profiteure, also multinationale Konzerne und Vermögende zu Bewältigung der

Globale Gerechtigkeit und Frieden

- Abrüsten: Rüstungshaushalt der EU verkleinern
- Kein Geschäft mit dem Tod: Rüstungsexporte stoppen!
- Krieg darf kein Mittel der Politik sein!
- Gerechter Handel: Lieferkettengesetz verschärfen

Krisen beitragen.

3. Lebensmittel müssen wieder bezahlbar werden! Die Lebensmittel in der EU haben sich um durchschnittlich 34 % verteuert, seit Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentin geworden ist. Dahinter steht größtenteils eine Gewinn-Preis-Spirale,

Gute Arbeit, die zum Leben passt.

- 4-Tage-Woche mit Lohnausgleich
- Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro in Deutschland
- Keine europäischen Billiglöhne wie in Pflege und Ernte
- Armut in Europa abschaffen: Soziale Sicherheit für alle!

verursacht durch hemmungslose Spekulation auf den Lebensmittelmärkten und die Preistreiberei der großen Lebensmittel- und Handels-Konzerne. Die Löhne und Einkommen der meisten Menschen sind nicht annähernd so gestiegen. Das Einkommen der Vielen ist zur Dividende der Wenigen geworden. Wir fordern dagegen ein Verbot von Spekulationen mit Nahrungsmitteln und die Zerschlagung der monopolistischen Nahrungsmittelkonzerne. Ein Preisdeckel für Grundnahrungsmitteln kann von einer Expertenkommission festgelegt und auf die dominanten Supermarktketten begrenzt werden. Die großen Nahrungsmittelkonzerne sollten höher besteuert und klei-

ne Betriebe entsprechend subventioniert werden.

4. Gesundheit vor Profite! Gerade die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir in der EU grenzüberschreitende Regelungen im Gesundheitsbereich benötigen und uns unabhängig von Pharma- und Krankenhauskonzernen und ihren Lieferketten machen müssen. Das beinhaltet eine Abkehr von der unsinnigen und inzwischen oft lebensgefährlichen Privatisierung und Profitorientierung von Krankenhäusern, die die EU-Kommission den Mitgliedstaaten in der EU immer wieder abverlangt. Diese Einmischung in die öffentliche Daseinsvorsorge muss ein Ende haben. Krankenhäuser und Pflegeheime gehören zurück in die öffentliche Hand. Non-Profit-Gesundheitsversorgung muss von der EU gefördert werden. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Pflege und Gesundheit sind schon lange überfällig. Aus Gründen der Gerechtigkeit – und damit sich überhaupt noch jemand um uns kümmert, wenn wir krank werden oder pflegebedürftig sind.

5. Ein Zuhause für alle! Die EU spielt eine unrühmliche Rolle bei der Wohnungspolitik in den Mitgliedsstaaten. Statt Mietern zu helfen, begünstigt der Binnenmarkt Privatisierungen und Mietenexplosion. Die öffentliche Kontrolle über den Wohnungsmarkt muss wiedererlangt werden. Wir wollen die Kommunen finanziell dabei unterstützen, Wohnraum zu erwerben und gemeinnützig zu bewirtschaften. Hierfür wollen wir einen europäischen Kommunalisierungsfonds schaffen. Zudem braucht es deutlich mehr sozialen Wohnungsbau, damit Wohnen wieder bezahlbar wird. Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum sollte Bestandteil der EU-Verträge werden, wir fordern ein EU-weites Verbot von Zwangsräumungen. Wohnraum darf nicht weiter der Spekulation zugeführt werden. Wir wollen Immobilienfonds und -konzernen den Boden entziehen. Deswegen wollen wir den Konzernen ihre Geschäftsgrundlage, Fonds ihre Börsenzulassung nehmen. Steuervorteile für Immobilieninvestor*innen und -unternehmen, wie zum Beispiel Share Deals, müssen flächendeckend abgeschafft werden. So verliert niemand mehr sein Zuhause.

6. Energiearmut überwinden! Im letzten Jahr waren über 41 Millionen Europäer:innen von Energiearmut betroffen. Die EU muss mit einer Reform des Strommarktes das Merit-Order-Prinzip abschaffen, dauerhaft Strom- und Gassperren verbieten und erneuerbare Energie fördern. Für den durchschnittlichen Verbrauch von elektrischem Strom und Heizenergie wollen wir preisgünstige Sokkeltarife schaffen. Die Strompreise müssen stärker überwacht, kontrolliert und sozial gerechter gestaltet werden. Es

braucht zudem mehr Geld für den Klimaschutzfonds. In Deutschland fordern wir einen Energie-Soli für Reiche zur Finanzierung sozial gerechter Preise und ein Klimageld als monatliche Direktzahlung zur Unterstützung für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen. Energie ist kein Luxus oder eine Ware, die Profite einbringen und wettbewerbsfähig sein muss. Energie muss öffentliches Gut sein, das öffentlich kontrolliert und für alle unabhängig vom Einkommen verfügbar ist und klimagerecht produziert wird.

7. Menschenrechte verteidigen! Wir las-

sen uns nicht spalten. Europa erlebt keine Flüchtlings-, sondern vor allem eine Gerechtigkeitskrise. Menschenrechte müssen überall und auch an den EU-Außergrenzen gelten. Wenn alle anderen nach rechts gehen, beziehen wir klar Position für universelles Menschenrecht und das individuelle Recht auf Asyl. Wir lassen nicht zu, dass aus wahlkampfaktischen Gründen die Menschlichkeit geopfert wird. Die EU muss Menschen auf der Flucht sicheren Schutz bieten, keine Deals mit Diktator*innen machen und verhindern, dass Zehntausende im Mittelmeer ertrin-

ken. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen - nicht Geflüchtete. Es braucht eine europäische Fluchtlage und einen EU-Fonds für Willkommens-Kommunen, der aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten hilft. Kommunen können damit Mittel für die Integration beantragen. Diese Investitionsmittel können von ihnen allgemein für die öffentliche Daseinsvorsorge genutzt werden - so gewinnt Solidarität.

www.die-linke.de

NACHHALTIGKEITZIELE ENDLICH UMSETZEN!

Die Staatengemeinschaft ist 2023 nicht auf Kurs in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. An diesem Eingeständnis ging kein Weg vorbei, als auf dem 2. UN-Gipfel zur „Agenda 2030“ Zeit für eine Halbzeitbilanz war. Das Versagen der UN-Mitglieder lässt sich nicht schönreden: Bei gerade einmal 15 Prozent der 17 „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ (SDGs, Sustainable Development Goals) ist die Weltgemeinschaft auf dem richtigen Weg. Bei den verbleibenden sind die Fortschritte unzureichend oder es gibt



sogar Rückschritte - insbesondere bei der Armutsbekämpfung und dem Schutz der biologischen Vielfalt. Auch bei der Bekämpfung des Hungers sind die Zahlen dramatisch: Im Jahr 2022 gab es weltweit 735 Millionen Menschen, die chronischen Hunger leiden, das sind über eine Million Menschen mehr als noch 2019.

Die Nachhaltigkeitsziele sind als Richtschnur jedes politischen Handelns ausgelegt - so hatten es die 193 in der UN organisierten Regierungen 2015 vereinbart. Doch wenn in der konkreten Finanz-, Handels- oder Umweltpolitik Fakten geschaffen werden, gilt die Maxime „jeder gegen jeden“ auch für die EU und ihre Mitgliedstaaten unvermindert weiter. Ob beim Wettrennen um die Rohstoffe von morgen, Hilfen für die Anpassung an die Klimakrise oder der Eindämmung der Covid-19-Pandemie in den vergangenen Jahren - die Bereitschaft, faire Teilhabe zu organisieren und so gemeinsam die Zukunft zu gewinnen, ist nicht zu erkennen.

Ein Kurswechsel kann nur über die Neubelebung der multilateralen Regelsetzung gelingen. Hier gilt es, auf Augenhöhe Kompromisse zu schmieden und multinationale Unternehmen ohne Ausweichmöglichkeit in die Verantwortung zu nehmen.

Neubelebung bedeutet auch, dass etwa in der Welthandelsorganisation Paragraphe in Verhandlungsprozesse einzubinden sind, für mehr Transparenz gegenüber den Bürger*innen gesorgt wird. EU-Gesetze wie die Richtlinie über Sorgfaltspflichten in Lieferketten sind ein wichtiger Fortschritt, international tätige Unternehmen in die Pflicht zu nehmen. Ein nächster Schritt, die Ziele der „Agenda 2030“ greifbar zu machen, muss der Abschluss des Verbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschen-

rechten („Binding Treaty“) sein. Im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber der Weltgemeinschaft und dem Bekenntnis zur Agenda 2030 müssen sich Bundesregierung und EU-Kommission den Prozess endlich aktiv und konstruktiv vorantreiben. Und: Wie es das im Mai auf der **Beyond-Growth-Konferenz** versammelte Bündnis aus fortschrittlichen Ökonomen, Aktivist*innen, Politiker*innen und hundert jungen Menschen deutlich forderte: Gerade die reichsten Länder des Globus müssen sich von ihrem Wachstumsfetisch lösen, der droht, die Grenzen des Planeten zu sprengen.

Mit anderen Worten: Es braucht tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, um nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Politik, Wirtschaft und Governance müssen umfassend auf die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele auszurichten. Dazu gehört auch ein „SDG-Konjunkturprogramm“, wie es UN-Generalsekretär António Guterres diese Woche forderte, mit mindestens 500 Milliarden Dollar pro Jahr. Allerdings fehlen in der Gipfelerklärung dann jedoch konkrete Finanzzusagen. Auch die G7-Gipfel der vergangenen Jahre haben viel versprochen, aber im Nachgang der Umsetzung

der Versprechungen wenig geliefert. Das Europaparlament forderte im Mai d.J. auch deshalb von EU-Kommission und Rat eine Umsetzungsstrategie mit konkreten, EU-weiten, mess- und abrechenbaren, zeitlich gebundenen Zielsetzungen und die Installierung entsprechender Monitoring-Systeme. Die 17 Nachhaltigkeitsziele müssen darüber hinaus zu einem horizontalen Kriterium in allen Politikbereichen der EU gemacht und entsprechend ausgewiesen werden. Schönwetterreden und unverbindliche Ankündigungen wie von Bundeskanzler Olaf Scholz, dass die Bundesrepublik bei der Umsetzung der SDGs „sehr vorbildhaft“ vorangehen würde, andererseits als wirtschaftlich stärkster EU-Mitgliedstaat im kommenden Jahr die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe drastisch kürzen will, bringen uns nicht weiter. Es sind konkrete Schritte auf allen Ebenen nötig. Bis 2030 verbleiben nur noch knapp sieben Jahre - wir haben keine Zeit zu verlieren! *Helmut Scholz*

Hintergrund: Die insgesamt 17 Ziele, die im Jahr 2015 von den 193 Mitgliedsstaaten der UNO aufgestellt wurden, sind ambitioniert. Die Ziele umfassen alle **drei Dimensionen von Nachhaltigkeit**: Soziales, Wirtschaft und Umwelt. So sollen bis zum Jahr 2030 weltweit Hunger und extreme Armut beseitigt, der Zugang zu sauberem Trinkwasser und eine umfassende Gesundheitsversorgung gesichert, die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Zugang für alle Menschen zu Bildung durchgesetzt, Frieden und die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad erreicht werden. Die Nachhaltigkeitsziele sind *die* zentrale Kursbestimmung, an dem sich alles politische und wirtschaftliche Handeln orientieren *muss*. Sie sind unteilbar, gelten für alle Länder und sollen eine sozial gerechte Welt und einen lebenswerten Planeten auch für die nachfolgenden Generationen schaffen.

www.links-bewegt.de

◀ KOMMUNALPOLITIK

BERICHT VON DER BÜRGERSCHAFTS- SITZUNG VOM 18. OKTOBER

Wir schreiben den 18. Oktober 2023. Regine Lück stellt fest, dass alle verwaltungstechnischen Formalien korrekt sind und eröffnet die 41. Sitzung der Rostocker Bürgerschaft.

Den Auftakt machte Helga Maaser. Sie ist Vorstandsvorsitzende des Vereins „Tausamen tau Hus“ und kümmert sich um die Interessen unserer Senioren in der Südstadt. „Mit dem Wohnraum- und Fachkräftemangel, besonders in der Pflege, stehen wir in Zukunft vor besonderen Problemen für die Versorgung unserer älteren Mitbürger“, begann Sie ihre Ausführungen. Frau Maaser beschreibt, dass es einen Wandel in den Anforderungen der Unterbringung im Alter gibt. Weg von der Wohn- und Heimversorgung, mehr hin zu selbstbestimmt und eigenständig in sogenannten Rentnern-WGs. Sie wies zurecht auf die demografische Entwicklung der Stadt hin. So sei die Zahl der Bürger 75 plus eine stetig wachsend, so dass rechnerisch bis zum Jahr 2030 eine Lücke von 13.000 Pflegern entstehen wird. Diese Veränderung kann in Zukunft nur sehr schlecht durch das bisherige System der Pflegeeinrichtungen unterstützt werden.

„Wenn es für einen selbst so weit ist, wird das Pflegepersonal nicht da sein.“ Daher verfolge der Verein den Ansatz zur Selbsthilfe und so lange wie möglich „gemeinsam leben“. Frau Maaser stehe im ständigen Kontakt zu Wohnungsgenossenschaften und erfährt auch Unterstützung, brauche aber auch weiterhin Entgegenkommen, damit alternative Wohnformen möglich sind. Frau Maaser hat verschiedene Beschlüsse der Bürgerschaft zitiert, welche die Pläne des Vereins unterstützen und nochmal für deren weitere Unterstützung geworben. Denn diese „neue-alte“ Wohnform hat verschiedene Vorteile. So sichert sie die Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Menschen. Und wirke auch direkt dem Personalmangel, aber auch der Vereinsamung der Senioren und dem Wohnraumangel entgegen, wenn Senioren beschließen zusammenzuziehen und in einer WG zu leben.

Frau Dr. Fischer-Gäde antwortete für die

Verwaltung. Sie unterstrich nochmal, dass der Wunsch nach Individualität da ist. Genauso wie der Wunsch nach einem langen gemeinsamen Wohnen. Sie gab Frau Maaser Recht, dass neue Wohnprojekte auf dem Vormarsch sind und will sie als Stadtverwaltung selbstverständlich unterstützen. Ihr Fazit aber bisher: „Wir waren bisher nicht erfolgreich mit solchen Projekten. Es gab nicht genug Wohngruppen oder Grundstücke zum Anmieten.“ Sie hob

Kunsthalle Rostock gGmbH bestellt worden und werden sich in Zukunft mit den Belangen der Kunsthalle auseinandersetzen. Wir wünschen gutes Gelingen.

Prüfanträge

Den Auftakt machte Stephan Porst von Bündnis 90/Die Grünen. Er brachte den gemeinsamen Antrag mit SPD und Linke ein. Thema: Mehr Fahrradstellplätze für Rostock. Der Prüfauftrag soll ermitteln, wo Fahrradplätze in den Stadtteilen gebraucht werden. Dafür sollen laut Antrag nicht die Ämter genutzt werden, sondern die Akteure vor Ort, wie Ortsbeiräte und Vereine. Grundlegend ist zu sagen, dass Radabstellmöglichkeiten an zentralen Orten für die Mobilitätswende unabdingbar sind. Es soll daher bedarfsgerecht ermittelt werden.

Aufgrund der hohen Flächenkonkurrenz mit dem Kfz, vor allem in verdichteten urbanen Räumen, muss zukünftig auch kritisch geprüft werden, inwieweit Flächen des ruhenden Kfz-Verkehrs für den Radverkehr zur Verfügung gestellt werden können und sollen. Auch soll der Prüfauftrag beinhalten, dass in zukünftigen Planungen das Verkehrsmittel Fahrrad mehr Beachtung findet. Inwieweit Gewerbetreibende, Immobilienunternehmen o.ä. von Sondernutzungsgebühren befreit und für das Thema sensibilisiert werden können, wird bis zum 01.06.2024 geprüft und der Bürgerschaft vorgelegt

werden. Ohne weitere Wortmeldungen wurde der Antrag mit zwei Enthaltungen angenommen.

Änderung der Satzung für die Bade- strandgebiete

Dr. Wolfgang Nitzsche sprach für den Ortsbeirat Warnemünde und Diedrichshagen über die Unbestimmtheit der Menschen. Durch die angepasste Veränderung der Strandsatzung aus dem Jahre 2021 hat sich der Bereich des Hundestrandes für das Seebad Warnemünde und das Seebad Diedrichshagen enorm vergrößert. Es wurde ein gemischter Strandabschnitt 27 - 31 sowohl für Hundebesitzer wie auch für



Auch wir als Rostocker LINKE nahmen am Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht 1938 teil. Vor dem Hintergrund der schlimmen Ereignisse in Israel und eines auflebenden Antisemitismus in Deutschland nahmen in diesem Jahr besonders viele Rostockerinnen und Rostocker teil.

für die Zukunft das Modellprojekt Warnow Quartier und die Planungen des Groten Pohl hervor, wo 25 % der Wohnungen für soziale Besonderheiten genutzt werden sollen.

Robert Kröger sprach für unsere Fraktion. Er lobte mehrmals das Engagement des Vereins und sicherte weiterhin die volle Unterstützung für die Projekte zu. „Wir sind weiterhin am Ball und unterstützen Ihr Anliegen.“

Wahlen

Lisa Kranig und Dr. Wolfgang Nitzsche sind als Vertreter*innen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in den Aufsichtsrat der

FKK-Anhänger ausgewiesen. Er wies darauf hin, dass sich die Bürgerschaft mit einer großzügigen Regelung in Sicherheit gewägt hat, doch es letzte Saison zu nicht unerheblichen Probleme am FKK-Strand kam. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass ein Nebeneinander beider Kulturen zu Spannungen führt. So waren Hunde nicht angeleint und die Besitzer haben die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner nicht beseitigt.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt zu prüfen, ob in Bezug auf den Hundestrand für die Abschnitte 27 und 28 in Warnemünde/ Diedrichshagen die aktuelle Strandsetzung so verändert werden kann, dass das Betreten dieses Strandabschnittes zum Ausführen von Hunden ausschließlich im Zeitraum von 21:00 Uhr bis 09:00 Uhr gestattet ist. Der Prüfauftrag soll Ende Januar fertig sein.

Prüfauftrag für Gesundheitskioske

Dr. Wolfgang Nitzsche bedanke sich zuerst beim Sozialsenator Steffen Bockhahn für die wohlwollende Stellungnahme. Da es sich um einen Prüfauftrag handelt, wurde in der Stellungnahme auf alle Aspekte eingegangen, welche mit einem solchen Projekt kommen.

In der Stellungnahme heißt es: Aus Sicht der Verwaltung spricht nichts gegen den Prüfauftrag. Aus heutiger Sicht wäre eine Ansiedlung am Gesundheitsamt nicht zu bewältigen. Setzt man den vom Gesetzgeber benannten Schlüssel von 1:80.000 an, müssten in der Stadt drei Einrichtungen etabliert werden und/oder im Rahmen einer Bedarfsanalyse Prioritäten herausgearbeitet werden. Nach grober Prüfung ist davon auszugehen, dass ein solcher Standort mit jeweils vier Fachkräften im nichtärztlichen Bereich, zzgl. Verwaltungskräften betrieben werden muss.

Optionen sind dabei die Nutzung entsprechender barrierefreier Räume, die gefunden werden müssten. Zudem wäre eine Variante als mobiler Kiosk denkbar und in Form eines Busses umsetzbar. Mögliche Leistungen sind neben einfachen medizinischen Behandlungen, die nichtärztlich durchführbar sind vor allem Verweisberatungen und Präventionsangebote, z.B. Beratung zu Strukturen des Gesundheitswesens und zu Pflegediensten, Impfberatung und Impfangebote, Suchtberatung, Gesundheitsförderung und Seniorenberatung.

Die Gegenredner kritisierten vor allem, dass dieser Vorstoß des Bundesgesundheitsministerium nur ein Referentenentwurf, bzw. nur eine Gesetzesinitiative ist. Es gibt also noch kein festes Gesetz und damit auch keine Finanzierung. Auch wurde angemerkt, dass dieser Entwurf hauptsächlich für strukturschwache ländliche Gebiete angedacht ist.

Bockhahn sprach in seiner Rede an, dass

es derzeit nicht danach aussehe, dass diese Initiative zum Gesetz werden wird. Auch würde das nur Sinn ergeben, wenn diese Leistung in das Sozialberatungssystem und Versorgungssystemen der Stadt mit eingebettet worden ist. All das zu prüfen wird Zeit brauchen. „Zeit, die wir aber nutzen können, um einen besseren Vorlauf für kommende Veränderungen zu haben.“ Der Antrag wurde mit den Mehrheiten der Bürgerschaft angenommen.

Bericht der Oberbürgermeisterin

Eva-Maria Kröger berichtet über verschiedene Themen, die die Stadt Rostock betreffen. Sie drückt ihr Mitgefühl für die Opfer des Hamas-Angriffs auf Israel aus und verurteilt jede Form des Antisemitismus. Sie betont die Bedeutung des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur in Rostock und verweist auf die 8. Jüdischen Kulturtage. Sie informiert über die Planungen zur Schaffung von neuen Plätzen für Geflüchtete in verschiedenen Stadtteilen. Sie erklärt, dass die Notunterkünfte möglichst vermieden werden sollen, aber noch nicht abgeschafft werden können. In den letzten Jahren wurden insgesamt 1.200 Geflüchtete in Rostock zugewiesen und es werden in Zukunft weitere Geflüchtete nach Rostock kommen.

Eva erwähnte den Klima-Aktionstag und die neuen Mobilpunkte, die umweltschonende Verkehrsmittel wie Carsharing, Lastenräder und E-Tretroller anbieten. In den kommenden Jahren sollen im gesamten Rostocker Stadtgebiet weitere Mobilpunkte errichtet werden, um allen Rostocker*innen eine echte Alternative zum eigenen PKW wohnortnah anzubieten. Bislang zählt Rostock bereits drei Mobilpunkte am Ulmenmarkt, in der Ulmenstraße und am Gertrudenplatz.

Kröger lobt das Engagement der verschiedenen Blaulichtorganisationen, die ihre Arbeit beim Blaulichttag und bei der Eröffnung der neuen Feuer- und Rettungswache präsentierten. Es gibt insgesamt 5 Freiwillige Feuerwehren in Rostock. Im Jahr 2022 gab es insgesamt 2.000 Einsätze durch Feuerwehr und Rettungsdienst. Auch wurden 10 neue Warnsirenen eingeweiht, was die Gesamtanzahl auf 30 in Rostock wachsen lässt.

Des Weiteren kündigte Eva den Beginn der Wasserbauarbeiten für den Ersatzneubau der wasserbaulichen Anlagen am Liegeplatz 23 im Alten Strom in Warnemünde an, der von der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger genutzt wird. Sie bittet um Verständnis für die Lärmbelästigung durch das Einbringen der Stahlpfähle auf dem Gelände.

Zum Abschluss lud Eva zum SCHÄTZCHEN Pop-up Kleidertausch ein, der gut erhaltene Kleidung aller Größen verschenkt oder zum Mitnehmen anbietet. Sie weist auf die negativen Folgen der Billigproduktion von

Kleidung für Mensch und Natur hin. Des Weiteren machte auf das vielseitige Programm der Stadtbibliothek anlässlich des Tages der Bibliotheken aufmerksam.

Fragestunde

208 oder 249 Millionen Euro für das neue Theater? Es gab eine Frage von Toralf Sens (SPD) zur Kostensteigerung, nach einem Artikel der Ostseezeitung. Laut Eva stehe die Stadt ständig im Austausch mit den Planern und dem KOE. Eva verlas ein Statement des Herrn Professor Sebastian Jele, dem Geschäftsführer des für das Theater zuständige Architekturbüros: Er widersprach der Berichterstattung der OZ. Sie seien zu keinem Zeitpunkt durch den KOE in der Planung bedrängt worden, die Kosten nach Unten zu korrigieren. Eine seriöse Kostenaufstellung ist schwierig, da sich die Kosten entwickeln und ständig Anpassungen am Projekt vorgenommen werden. Auch widersprach Eva vehement der Anschuldigung dem sich zu etablieren scheinenden Narrativ der Intransparenz der Planung zum Theater. Es ist ein Jahrhundertbau und es wird teuer, so Eva weiter. Und leider sei auch der Neubau alternativlos. Da sich das alte Theater, nach 20 Jahren des Nichtinvestierens, nicht mehr in einem Zustand befindet, wo dieses noch lange genutzt werden kann.

Die Bürgerschaft kann sich darauf verlassen, dass die Planungen soweit möglich immer transparent geschehe und dass man sich nicht auf eine feste Zahl von Medien festsetzen ließe. Und das gilt für alle Großprojekte der Hansestadt.

Das waren die Höhepunkte der 42. Sitzung der Bürgerschaft. Wer die Anträge, Stellungnahmen der Verwaltung oder die Änderungsanträge der Sitzung nachlesen möchte, wird auf ksd.rostock.de fündig. Wer die ganze Sitzung sich nochmal in voller Länge anschauen möchte, kann diese auf dem Youtube-Kanal „HRO Rathaus“ tun.

Martin Raspe



LINNEMANN VERGIFTET DAS GESELLSCHAFTLICHE KLIMA

„Wir wollen das Bürgergeld in dieser Form wieder abschaffen“, sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann dieser Tage und möchte das neue Hartz IV durch ein anderes Modell ersetzen. Linnemann führt weiter aus und fordert zudem eine Arbeitspflicht: „Wir müssen die Anreize zur Jobaufnahme erhöhen. Jeder, der arbeiten kann und Sozialleistungen bezieht, muss spätestens nach sechs Monaten einen Job annehmen, ansonsten gemeinnützig arbeiten.“

Und da sind wir wieder. In der alten sozialen wiederkehrenden (Arbeiter)-Frage: Was ist der Mensch wert? Und erneut dreht sich diese Frage um die Agenda 2010 und das damit verbundene Bürgergeld. Dabei ist diese Frage schon längst mit unserem Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Minijobs und Midijobs, befristeten Arbeitsverhältnissen, fehlenden Tarifbindungen, Ein-Euro-Jobs und dem dritten Arbeitsmarkt als neue soziale Frage auferstanden und für viele Millionen Menschen Alltag. Arbeiter:innen und Angestellte verkaufen sich unter Wert, um ein Teil der Gesellschaft zu sein. Knapp eine Million Erwerbslose stocken ihren kargen Lohn mit Bürgergeld auf oder sie stecken in gemeinnütziger Arbeit fest – immer mit dem Wissen, dass sie bei ihrem Beschäftigungsträger keine Aussicht auf eine Festeinstellung haben, wenn ihr Arbeitsvertrag „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ausläuft. Linnemann weiß genau, dass Millionen von Erwerbslosen in Beschäftigung sind. Wer eine Arbeitspflicht, oder anders ausgedrückt, einen Arbeitszwang fordert und den Leistungsberechtigten per se unterstellt, dass sie „nicht wirklich bedürftig sind“, sollte mindestens sechs Monate oder länger gemeinnützigen Dienst in einem Jobcenter ableisten.

Die CDU sitzt vorverurteilend auf dem Richterstuhl

Das Bürgergeld ist, neben den noch niedrigen Asylbewerberleistungen, bereits die unterste soziale Stufe an Sozialleistung und gesellschaftlicher Anerkennung. Die CDU, in Gestalt des Generalsekretärs, sitzt vorverurteilend und bei diesem Punkt un-

gebildet auf dem Richterstuhl und degradiert die Erwerbslosen zum reinen Kostenfaktor. Fernab von jeglichem Wissen über deren Wünsche, Bemühungen und Voraus-



dem Stigma Hartz IV auf dem Arbeitsmarkt sehr schwer unterkommen. Den ganzen Tag puzzeln, bügeln oder eine Maßnahme auf dem Stuhl absitzen fördert nicht gerade die berufliche Qualifikation. Den Wenigen, denen eine anerkannte Qualifizierung zugesprochen wurde, findet man in der Regel auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder. Während ich diese Kolumne schreibe, fühle ich mich an den Anfang der 2000er-Jahre zurückversetzt. Damals war es die SPD-Führung, die Front gegen den sogenannten „Rundum-Sorglos-Staat“ machte und den sie durch den „aktivierenden Sozialstaat“ ersetzen wollte. Die Agenda 2010 kam. Heute spricht Hubertus Heil (SPD) davon, dass das Bürgergeld kein bedingungsloses Grundeinkommen ist.

Aus gemeinnütziger Arbeit wird sozialversicherungspflichtige Tätigkeit

Auch, wenn die CDU in der Opposition ist, vergiftet sie mit ihren neuen Aussagen das gesellschaftliche Klima. Es ist ein autoritäres Politikverständnis, in dem Macht das Privileg ist und die Ärmsten unter uns keine Stimme mehr haben und bekommen sollen. Sie sollen sich fügen, wie bereits unter der Agenda 2010. Orientiert sich Linnemann mit der Forderung nach „gemeinnütziger Arbeit“ noch am Gemeinwohl? Das kann man bezweifeln. Gemeinnützige Arbeit bringt kaum mehr Geld in die eigene Kasse. Die Abhängigkeit vom Jobcenter bleibt. Demnach bleibt man unten arm. Ein sinnvollerer Vorschlag wäre gewesen, diese gemeinnützige Arbeit als sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten auszubauen, um weitere Arbeitsplätze zu schaffen, die eine Unabhängigkeit vom Bürgergeld garantiert. Das scheint aber nicht gewollt

zu sein. Einfacher ist es Bürgergeld-Berechtigte pauschal und erneut in die Ecke zu stellen, dass sie nicht arbeiten wollen. Und wie sagte Lorient bereits:

„Ich liebe Politiker auf Wahlplakaten. Sie sind tragbar, geräuschlos und leicht zu entfernen.“

www.links-bewegt.de



setzungen. Dabei sind die geringe Vermittlungsquoten und die hohe Zahl der Langzeiterwerbslosen hausgemacht. Wer von „Fördern“ spricht, aber in den letzten 18 Jahren das „Fordern“ in den Vordergrund stellte, anstatt ordentliche anerkannte Qualifizierungen zu unterstützen, muss sich nicht wundern, dass Erwerbslose mit

LESERBRIEF VON MICHAEL SCHMIDT

Lieber Carsten, lieber Lajos – und überhaupt

Die Wirklichkeit hat unsere Partei eingeholt. Mal wieder. Wurde in den vergangenen „Klartext“-Ausgaben noch heftig über den künftigen Weg der LINKEN debattiert, hat zumindest die Bundestagsfraktion – wenn auch notgedrungen – Klarheit geschaffen. Ab 6. Dezember ist Schluss. Dann gibt's die LINKE im Bundestag nur noch als Gruppe, also im Kleinformat. Gleiches gilt für die Abtrünnigen um Sahra Wagenknecht. Die anderen Parteien im Parlament werden diesen bemerkenswerten Akt der Selbsterfleischung der linken Opposition mit wohlgefälligem Grinsen und einer gewissen Genugtuung registriert haben. Ist ja auch ein dolles Ding – was ein vermeintlicher Finanzskandal, Stasi-Prozesse und Verfassungsschutz-Überwachung gegen führende LINKE-Mitglieder und Verleumdungen in diversen Medien nicht geschafft haben, hat unsere Partei mit aller Kraft selbst übernommen. Und zwar mit beeindruckendem Erfolg. Ich habe in meinem Leben als Mitglied einer Partei – SED, SED-PDS, PDS, DIE LINKE – mich immer gern mit Kritikern von außen auseinandergesetzt. Von Abwinken über verbale Verurteilung bis hin zu persönlichen Anfeindungen war alles dabei. Umgehauen hat mich das nicht. Ich hatte ja auch nie verheimlicht, mal in der SED (freiwillig!) gewesen zu sein – und die hatte schließlich genug Dreck am Stecken. Jetzt ist es anders, jetzt wird immer öfter nur müde gelächelt. Die Linkspartei? Immer noch? Ach nee, lass' mal. Ehrlich gesagt ärgern mich solche Mitleidsreaktionen mehr als alles andere.

Wie also weiter? Carsten, Du schreibst im „Klartext“ 9/23, „eine Spaltung würde die Chance bieten, wieder die politischen Ziele in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Profilierung einzelner Mitglieder.“ Das bleibt zu hoffen. Zuvor muss es jedoch gelingen, gravierende Schwächen in unseren Reihen zu überwinden. Ich jedenfalls nehme – anhand von Interviews, Fernsehberichten usw. – gravierende Kommunikationsstörungen in der Führungsebene wahr. Interna werden durchgestochen, kaum, dass darüber gesprochen wurde, Mitglieder von Fraktion und Bundesvorstand fallen in (a-)sozialen Medien hemmungslos übereinander her, mehrheitlich gefasste Parteitagebeschlüsse werden zur Maku-latur erklärt und lächerlich gemacht. Eine fast krankhafte Rechthaberei einzelner Leute und kleiner Grüppchen lähmt viel zu oft jegliche politische Kreativität und linke Einmischung in die Gesellschaft. Wer

um alles in der Welt kann so eine Partei noch ernst nehmen? Ich denke, es wäre dringend nötig, wenn nicht nur in diesem Punkt der Bundesvorstand und die beiden Parteivorsitzenden mehr Führungsstärke zeigen würden.

Im genannten „Klartext“ werden Beschimpfungen von Genossen an Genossen zitiert. „Versager“, „Kriecher“, „Schleimer nach Macht“... Was ist das für ein widerlicher Umgang? Mit so einem Vokabular auf den Lippen sind Stalins Henkersknechte gegen Andersdenkende in der eigenen Partei vorgegangen. Bevor sie jene dann in den GULAG verbannten, erschossen oder ihnen einen Eispickel in den Schädel ramzten. Meine Meinung ist klar: wer in einer solchen Sprache Genossen der eigenen Partei beschimpft, hat in dieser Partei nichts zu suchen! Wer nach innen nicht solidarisch miteinander umgeht, aber nach außen eine solidarische Gesellschaft fordert, besitzt keinerlei Glaubwürdigkeit.

DIE LINKE betrachtet sich selbst als pluralistische Partei. In der Tat – die Vielzahl von Zusammenschlüssen und Arbeitsgemeinschaften ist beträchtlich. Mir allerdings auch ein Rätsel. Sozialistische Linke, Marxistisches Forum, Forum Demokratischer Sozialismus, Antikapitalistische Linke – Was bitte soll das alles? Ich war und bin der Annahme, demokratischer Sozialismus, antikapitalistische Politik und auch die Orientierung am Gedankengut von Karl Marx sind Teil unserer Programmatik. Oder besteht jeder dieser Zusammenschlüsse letztlich nur aus einem erlesenen Kern von Genossen die meinen, sie allein hätten den Stein der Weisen und wüssten wie der einzig wahre, linke, antikapitalistische Sozialismus auszusehen hätte? Mir scheint, jeder dieser Clubs verschwendet oft genug vor allem Energien dafür, sich möglichst strikt vom anderen abzugrenzen. Und das in EINER Partei. Als ob Rechthaberei und Missionsgetue Ausdruck von linkem Pluralismus wären. Und jetzt noch ein Karl-Liebknicht-Kreis und der Verein „Die Unbeugsamen – linke Sammlungsbewegung e.V.“ Lajos, ich schätze Dich und Deine Arbeit in der Parteibasis. Aber hätte es nicht auch eine Nummer kleiner getan? „Bewegung“ – wie viele Menschen müssen denn mobilisiert werden, damit eine Bewegung daraus wird? Wäre es nicht viel wichtiger, die LINKE wieder in Bewegung zu bringen? Und warum dieses Pathos – „Die Unbeugsamen“? Das hört sich an wie: ringsum nur Renegaten, Revisionisten und Opportunisten – aber wir bleiben standhaft. Wofür? Wogegen? Oder will Euch in der Partei jemand zwingen, den Kapitalismus end-

lich als das letzte Wort der Geschichte zu akzeptieren? Kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen. Ich denke, wir sollten unsere Kraft und unsere Ideen nicht in immer neues Kleinklein stecken, sondern in unsere Partei.

Dass es funktionieren kann, zeigt zum Beispiel die Wahl von Eva-Maria Kröger zur Oberbürgermeisterin von Rostock. Im Wahlkampf hat sich die LINKE deutlich als Partei mit Politikangeboten für die „kleinen Leute“ etabliert. Zum Beispiel durch die Haustürgespräche. Es geht also. Und mindestens in diesem Punkt hat Sahra Wagenknecht nicht Recht. Die Parteimitglieder in Rostock wissen nämlich sehr wohl wie es um die Sorgen und Nöte der Rostocker Einwohner bestellt ist. Die LINKE als Partei in Rostock und Eva-Maria Kröger in persona waren eben nicht abgehoben und weit weg vom normalen Leben.

Wie es aussieht, ist Sahra Wagenknecht leider bereits viel zu weit weg von unserer Partei. Zu besichtigen war dieser Umstand Mitte November in der ARD. Ein aufschlussreicher Film über sie und ihre politischen Ambitionen. Der Reporter fragte u.a. nach möglichen Namen für die neue Partei. Soziale Mitte? Neue Mitte? Sozial-Liberale? Das fand unsere ex-Genossin alles nicht so prickelnd. Noch spannender aber, worüber sie nicht laut nachdachte – irgendwas mit Sozialismus? Linke Politik? Alles Fehlanzeige. Hingegen habe es die AfD geschafft, mit ihrer Ablehnung von Migranten in andere Parteien „reinzukommen“. Das klang schon sehr nach Lob Richtung Rechtsaußen. Spätestens nach den Aussagen in dem TV-Feature sollte sich die Wahl einer Wagenknecht-Partei für Menschen, die eine solidarische Gesellschaft wollen, die sich als Linke oder Sympathisanten verstehen, erübrigen. Der Abschied von Sahra Wagenknecht von der Linkspartei scheint mittlerweile sehr grundsätzlich zu sein. Und nach Lage der Dinge ist das wohl auch das Beste für beide Seiten.

Nochmals die Frage: Wie also weiter? Nächste Woche treffe ich mich mit ein paar jungen Leuten, die gerade überlegen, in die LINKE einzutreten. Die vielzitierte „aktuelle Lage“ scheint sie dazu regelrecht aufzufordern. Wenn sie ausreichend Stehvermögen und junge Ideen mitbringen und sich vom derzeitigen Zustand unserer Partei nicht verrückt machen lassen, dann sollten sie ihren Plan unbedingt wahr machen. Herzlich willkommen – wir brauchen Euch! Dringender denn je.

Michael Schmidt

EINDRÜCKE UND GEDANKEN ZUR BANDERA-KONFERENZ

Die Zeitschriften *junge Welt* und *Melodie & Rhythmus* veranstalteten am 29.10.2023 in Berlin die internationale Konferenz „Der Bandera-Komplex“. Es ging um die Geschichte und den politischen Einfluss der „Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)“ von den Anfängen bis zur Gegenwart. Vorträge hielten die US-amerikanischen Historiker und Journalisten Moss Robeson und Russ Bellant, Jürgen Lloyd, Bildungsreferent der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal und die Ukraine-Expertin Susann Witt-Stahl. An einem Podiumsgespräch nahmen der Chefredakteur der jungen Welt Stefan Huth, der im Exil lebende ukrainische Marxist Oleg Jassinskij sowie Jörg Kronauer und Arnold Schölzel teil. Die Konferenz verfolgten rund 250 Teilnehmer im ausverkauften Münzenbergsaal des Berliner ND-Gebäudes sowie mindestens 3000 Personen, viele aus dem englischsprachigen Ausland, im Livestream. Die Konferenz hatte zahlreiche Besonderheiten. Sie ist nach Aussagen der Referenten die weltweit einzige Konferenz zu diesem Thema. Es ist weiterhin ungewöhnlich, dass Zeitschriften eine wissenschaftliche Konferenz veranstalten. Historische Institute deutscher Universitäten, die Rosa-Luxemburg-Stiftung oder auch der Verein VVN-BdA wären eigentlich die zuständigen Ausrichter. Ungewöhnlich fand ich auch, dass keine deutschen Politiker (mit Ausnahme von Sevim Dagdelen) und deutschen Historiker anwesend waren. Dies zeigt, dass die Rolle der OUN ein blinder Fleck in den aktuellen politischen Debatten zur Ukraine und in der Geschichtswissenschaft ist. Nach Aussagen der Referenten gibt es nur eine Handvoll Menschen auf der Welt, die fundierte Kenntnisse zu dem Thema haben, zu denen Moss Robeson gehört.

Er zitierte oft den deutsch-polnischen Historiker Grzegorz Rossoli ski-Liebe, der 2014 die bisher einzige wissenschaftliche Biographie über Stepan Bandera (1909–1959) veröffentlicht hat. Das englischsprachige Buch beruht auf der 2012 an der Universität Hamburg verteidigten Dissertation des Autors und wurde ins Polnische, Ukrainische und Russische, aber nicht ins Deutsche übersetzt. Rossoli ski-Liebe zeigt darin, wie realitätsfern die aktuell auch bei uns verbreiteten Bandera-Bilder sind.

So wurden etwa Programm und Aktionen der Judenvernichtung gestrichen. Heute sei insbesondere in der Ukraine eine Dreistigkeit erreicht, der ziemlich einmalig ist: Bandera und die OUN waren demnach nie Antisemiten, geschweige denn, dass sie an Pogromen wie denen in Lwów (heute Lwiw) im Juli 1941 teilgenommen hätten, bei denen 7000 Juden ermordet wurden. Wie die NSDAP und die kroatische Ustascha habe die 1929 gegründete OUN den Begriff „Faschismus“ nicht im Parteinaamen genutzt, ihre Mitglieder seien aber davon ausgegangen, dass Nationalismus und Faschismus dasselbe sind. Dies zeigt sich dann auch in ihren Taten. Mit dem Ziel

Nazi-Deutschland und waren aktiv am Holocaust beteiligt. Bei einem Kongress der OUN-B im April 1941 in Kraków wurde beschlossen, analog zum Hitler-Gruß den Gruß zu verwenden: »Ruhm der Ukraine! (Slawa Ukraini!) und als Antwort »Ruhm den Helden! (Geroiam Slawa!) zusammen mit dem Heben des rechten Armes. Neben dem Faschistengruß wurde für die OUN-B die heute in der Ukraine wieder gebräuchliche schwarz-rote Fahne festgelegt. Sie symbolisiert Blut und Boden.

Von den US-amerikanischen Referenten wurde weiterhin eine sehr große Zahl von historischen Fakten vorgetragen, auf die ich hier nicht eingehen will. Die Konferenz kann man sich bei YouTube ansehen.

Die Konferenz hat bei mir deprimierende Gefühle hinterlassen. Der dargestellte skrupellose Einfluss westlicher Regierungen und ihrer Geheimdienste, insbesondere der USA und der CIA auf die politischen Verhältnisse in anderen Ländern und die dahinstehende Ideologie ist beängstigend. Der in der McCarthy-Ära begonnene extreme Antikommunismus wurde unter Ronald Reagan, der von 1981 bis 1989 Präsident der Vereinigten Staaten war, zur Staatsdoktrin. Die CIA hat diese mit oft verbrecherischen Mitteln umgesetzt. Sie nutzte dabei auch als willfährige Helfer Anhänger des Faschismus aus der Ukraine und aus den anderen osteuropäischen Ländern, die nach dem 2. Weltkrieg zu Zehntausenden ausgewandert sind, vor allem in die

USA, nach England, Kanada und Australien. In den USA wurden sie sofort eingebürgert und die führenden Köpfe, so von der OUN-B, von der CIA angeworben. Keiner der zahlreichen Kriegsverbrecher wurde verurteilt. Die internationale Bandera-Lobby ist eng mit der World Anti-Communist League (WACL) verbunden. Damit wurde ihr in den 1980er-Jahren der Zugang ins Weiße Haus in Washington eröffnet. Eine wichtige Facette dieser Vernetzung war der Antibolschewistische Block der Nationen, eine von Banderisten geführte Koalition ehemaliger Nazi-Kollaborateure, die die »Unvermeidlichkeit« des Dritten Weltkriegs predigte. Die WACL vereinte diese Faschisten mit Nazis aus Deutschland, Todesschwadronen aus Lateinamerika, rechts-



der Schaffung eines ethnisch reinen ukrainischen Staates wurden auf dem Territorium lebende Minderheiten diskriminiert, vertrieben und ermordet. „Volk! Das musst Du wissen, Moskowiten, Polen, Ungaren und Juden – sie sind deine Feinde. Vernichte Sie!“, hatte Bandera die Ukrainer kurz nach dem deutschen Einmarsch zum Völkermord aufgerufen. So fielen dann den »ethnischen Säuberungen« der ukrainischen Nationalisten mindestens 50.000 Polinnen und Polen zum Opfer. Dieser Rassismus setzt sich in der heutigen Ukraine fort.

1939 spaltete sich die OUN in einen von Stepan Bandera geleiteten Flügel OUN-B und in den Flügel OUN-M, dem Andrij Melnik vorstand. Beide kollaborierten mit

TERMINE

WANN?

Sa., 9.12., 9 Uhr

Mo., 11.12., 18 Uhr

WAS?

Versammlung zur Aufstellung der Bewerber für die Bürgerschaft

Sitzung des HRO-Kreisvorstandes

WO?

Waldemar Hof

Geschäftsstelle

extremen Regimen in Asien und anderen Kalten Kriegern aus der ganzen Welt, die alle davon besessen waren, den Kommunismus auszurotten. Die OUN-B baute ein umfangreiches Netzwerk aus Firmen, Thinktanks und Bildungsstätten auf, in denen sie seit Jahrzehnten Kader für die Übernahme ihres Heimatlandes schulten. Ab 1991 war ihre Stunde gekommen. Mit direkter Unterstützung neokonservativer US-Strukturen wie dem »Atlantic Council« und – von deutscher Seite – insbesondere der Konrad-Adenauer-Stiftung. Heute kann man sagen, dass das Who's who der heutigen Ukraine Wurzeln in den banderistischen Strukturen hat. Ihre Leute kontrollieren den ukrainischen Geheimdienst, die nationale Gedenkbehörde und das Erziehungswesen des Landes. Faschistenkultur ist in der heutigen Ukraine Teil der Popkultur geworden. Und mehr als das: Mit einer »Antikapitulationsbewegung« stellten sie 2019 Präsident Wolodimir Selenskij vor die Alternative, entweder den Krieg auf absehbare Zeit fortzusetzen oder durch einen rechten Staatsstreich gestürzt zu werden.

Auch Deutschland beteiligte sich an der Vertuschung von Kriegsverbrechen. Stepan Bandera, der in der SU in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde, floh 1945 nach München, lebte dort unter falschem Namen in einer luxuriösen Wohnung, hatte zahlreiche Leibwächter und wurde in dieser Zeit der Vorsitzende der OUN-B, bis er 1959 in München von einem KGB-Agenten ermordet wurde. Sein Grab auf dem Waldfriedhof in München ist heute Wallfahrtsort. In der Ukraine entwickelte sich seit den neunziger Jahren ein Bandera-Kult. Es gibt heute zahllose Denkmäler für ihn und Straßen mit seinem Namen, 2010 verlieh der damalige ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko Bandera postum den Ehrentitel »Held der Ukraine«. Für mich ist es so, als würde man Rudolf Hess postum das Bundesverdienstkreuz verleihen und überall Denkmäler für ihn aufstellen.

In München gibt es auch das »Ukrainischen Institut für Bildungspolitik«, das Miteigentümer des Gebäudes in Kiew ist, in dem sich das »OUN-B«-Hauptquartier befindet. In den vergangenen zehn Jahren wurde das Institut von Andrij Kutsan, Stepan Banderas älterem Schwiegersohn, der

offenbar auch sein Grab gepflegt hat, und Andrij Haidamakha, von 2001 bis 2009 Führer der internationalen »OUN-B«, geleitet.

Ein deprimierendes Gefühl hinterließen auch die Ausführungen von Jürgen Lloyd zu antifaschistischen Bewegungen in Deutschland. Sie haben zumindest in den Führungsspitzen ihre marxistischen Grundlagen verlassen. Die VVN-BdA »ist in der Sache keine antikapitalistische Organisation«, erklärte 2021 ihr Vorsitzender, Florian Gutsche. Bereits 2012 wurde in ihrem Organ *Antifa* verlangt, dass Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft zu begreifen, »auf keinen Fall« dazu führen dürfe, »in der Konsequenz als Antifaschist »bürgerliche Herrschaft« bekämpfen zu wollen«. Damit kann die VVN-BdA aber nicht zu den eigentlichen Ursachen des Faschismus vordringen, der eine der möglichen Herrschaftsformen des Monopolkapitalismus ist. Antifaschismus kann nicht nur darin bestehen, Björn Höcke einen Nazi zu nennen und gegen die AfD zu kämpfen. Dies führt wieder auf den Gedanken der notwendigen sozialistischen Orientierung unserer Partei, die unser KV mit seinem Leittrag an den Erfurter Parteitag eingefordert hat und jetzt im PV auf Eis liegt.

Deprimierend war für mich auch ein Gespräch mit Sevim Dagdelen. Sie erzählte, dass es zu Ihrer Anfrage an die Bundesregierung zu rechtsextremen Ausprägungen der ukrainischen Geschichtspolitik und insbesondere zur Rolle der OUN keine Reaktion aus dem PV gegeben hat. Sie ist der Meinung, dass der PV sich nicht nur nicht traut, sondern es auch nicht will, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Genauso scheint es mit der Haltung zum Antrag von Gregor Gysi in Bezug auf den Friedensvorschlag von Peter Brandt und anderen zu sein. Auch in diesem Fall würde es dem sozialistischen Charakter einer Partei entsprechen, eine Kampagne zu dem Thema zu initiieren.

Diese enttäuschenden Haltungen unseres PV sollten uns als Basisorganisationen aber nicht davon abhalten, eigene regionale Initiativen zu entwickeln.

Hans-Dieter Sill, 31.10.2023

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpelinstraße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Was wirkliche Demokratie will
(von Jürgen Riedel)

Brandmauer muss gezogen werden
zwischen rechtsgerichteter Hälfte
von CDU CSU FDP
und ihrer unruhigen Hälfte
Brandmauer nicht nur
zur Rauchschwaden-AfD!

Lindner (von Jürgen Riedel)

Nicht mal linde Worte hat er
für immer mehr Arme in Deutschland
will ihre Not nicht lindern
setzt sich
mit Kaltblick auf Kapitalismus
für zumindest lindern Geldregen ein

Außenministerin
(von Jürgen Riedel)

Statt diplomatisch
plump wie ein Bär
oder hat sie kein Bock
auf Diplomatie?

Kaum Überschneidungen zwischen Wähler*innenpotenzial

Aktuelle repräsentative Umfrage zeigt Unterschiede zwischen der Partei DIE LINKE und BSW

Das Wähler*innenpotenzial der Partei DIE LINKE liegt derzeit bei 15 Prozent. Vor allem im Osten der Republik ist es stabil und hoch. Vor allem junge Menschen und Menschen mit geringem Einkommen können sich vorstellen, DIE LINKE zu wählen. Die veröffentlichten Werte für das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) erscheinen dagegen überschätzt. Vor allem überschneiden sich die Potenziale der beiden Parteien offenbar geringer als erwartet. Insbesondere AfD- und FDP-Anhänger könnten sich vorstellen, eine Wagenknecht-Partei zu wählen.

Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des größten Meinungsforschungsinstituts in Deutschland, Kantar, im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die zwischen dem 9. und 15. November 2023, durchgeführt wurde. Gleichzeitig relativieren die Ergebnisse, die in den letzten Wochen und Monaten kolportierten Zahlen zum Wähler*innenpotenzial des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) und legen eine nüchterne und differenzierte Betrachtung nahe; bei aller Vorsicht bei der Interpretation dieser sehr vorläufigen Zahlen. Ebenso relativieren die jetzt vorliegenden Zahlen Spekulationen, dass sich die Gründung einer Partei unter Führung von Wagenknecht auf DIE LINKE verheerend auswirken würde. Im Gegenteil: DIE LINKE hat nun die Chance, Wähler*innen zurückzugewinnen und unterschiedliche Wähler*innenpotenziale auszuschöpfen. Auch wenn beide Parteien scheinbar ein ähnlich großes Potenzial haben, sind die Überschneidungen voraussichtlich deutlich geringer als erwartet. Nur 13 Prozent der Befragten mit einer klaren Parteipräferenz für DIE LINKE könnten sich vorstellen, evtl. ihre Stimme auch einer von Wagenknecht geführten Partei zu geben.

Dagegen könnten sich aber 29 Prozent mit einer Präferenz für die AfD und 21 Prozent mit einer Präferenz für die FDP vorstellen, BSW zu wählen. Bei Befragten mit einer Präferenz für DIE LINKE können sich nur vier Prozent vorstellen evtl. auch die AfD zu wählen, umgekehrt sind es Null – zwischen AfD und LINKER gibt also kaum noch oder keine Überschneidungen. Es scheint sich zu bestätigen, dass der Austausch zwischen Wähler*innen der LINKEN und der AfD ist schon seit längerem abgeschlossen ist.

Von den Nicht-Wähler*innen können sich 12 Prozent vorstellen für BSW zu stimmen, neun Prozent für DIE LINKE. Die Erwartun-

gen, dass BSW die AfD deutlich schwächen und viele derjenigen überzeugen könnte, die sich enttäuscht von «der Politik» abgewandt haben, werden durch die Ergebnisse der Umfrage relativiert.

Deutliche Unterschiede zwischen der Partei DIE LINKE und BSW gibt es auch mit Blick auf die Altersstruktur: DIE LINKE hat deutlich größere Potenziale bei jüngeren Menschen, während die potenziellen Wähler*innen von BSW strukturell älter sind.

Betrachtet man die Haushaltsnettoeinkommen, so zeigt sich, dass das Potenzial der LINKEN besonders bei Menschen mit geringen Einkommen stärker ist, während es bei BSW in Richtung der mittleren Einkommen verschoben ist.

Das Potenzial der LINKEN ist bei Erwerbstätigen etwas höher (15% gegenüber 14% Nichterwerbstätigen) als beim Potenzial von BSW (10% gegenüber 15%). Mit Blick auf Altersstruktur, Haushalteinkommen und Berufstätigkeit lässt sich schlussfolgern, dass BSW vergleichsweise viele Rentner*innen anspricht, während Beschäftigte mit niedrigen Einkommen und Erwerbslose mehr zur LINKEN tendieren. Überraschend sind die Werte im Ost-West-Vergleich. Wurde vielfach vermutet, gerade im Osten der Republik habe eine von Wagenknecht geführte Partei gute Chancen, so bestätigen die folgenden Zahlen diese Annahme nicht.

Im Osten verfügt DIE LINKE derzeit über ein Potenzial von 18 Prozent, BSW von 13 Prozent. Der Wert für BSW liegt nur leicht über dem Potenzial im Westen von 12 Prozent, DIE LINKE liegt im Westen bei einem Potenzial von 14 Prozent.

Von Interesse ist auch, dass das Wähler*innenpotenzial der AfD im Vergleich zu den derzeit kursierenden hohen Umfragewerten in der Sonntagsfrage nur bei 17 Prozent liegt (16% im Westen, 23% im Osten). Offenbar gelingt es der AfD aber deutlich besser als den anderen Parteien, ihr Potenzial auszuschöpfen. Während die AfD ihr Potenzial derzeit zu fast zwei Dritteln auszuschöpfen vermag (64%), schafft es DIE LINKE nur zu knapp einem Viertel (22%).

Nur die FDP liegt mit einem Ausschöpfungsgrad von nur 18 Prozent noch weiter zurück (SPD 32%, CDU/CSU 44%, Bündnis 90/Grüne 50%).

Mario Candeias, www.rosalux.de



Gewinner: Gerhard Trabert erzielte in Augsburg das beste Ergebnis bei der Aufstellung der Liste zur Europawahl.

Verlierer: SPD und Grüne lassen es geschehen, dass im nächsten Bundeshaushalt massiv Sozialausgaben gestrichen werden.

ZITAT

„Zuletzt ähnelte der Umgang Sahra Wagenknechts mit ihrer vormaligen Partei und der Bundestagsfraktion dem Verhalten desjenigen WG-Bewohners, der die Miete nicht mehr zahlt, weil er sowieso ausziehen will, sich aber noch aus den Kühlschränkfächern seiner Mitbewohner:innen bedient, über die er aber öffentlich schlecht redet und sie bei potenziellen Nachmieter:innen anschwärzt.“ Benjamin Immanuel Hoff

ZAHL DES MONATS

Im dritten Quartal 2023 wurden bislang 540 antisemitisch motivierte Straftaten polizeilich erfasst und damit deutlich mehr als in früheren Quartalen.

LYRIK

Kahlschlag (von Janina Niemann-Rich)

Novemberwind beraubt
hohen stolz der Bäume

Weit (von Janina Niemann-Rich)

Jahreszeitenwandel
Nebelschauer
bunt gefärbt

Irrtum (von Janina Niemann-Rich)

Ich sehe Frühling
spüre Herbst
gestrandet am Ufer der Zeit

Goldene (von Janina Niemann-Rich)

Diskoglanz im Blätterwald
getanzter Rhythmus Herbst

Note 1 Schule des Lebens

(von Jürgen Riedel)

Sie lehrt
als Schüler Antisemit
immer Antisemit

Ab-grundhaltung zu finster für Jugendsünde